



Newsletter Arbeit, Wirtschaft und Häfen, Ausgabe 21, 22.11.2010

Gesetzesänderung stärkt Frauenbeauftragte in Bremerhaven

Ausbildung ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit

Fachgespräch zum Thema "Ein Pakt für Langzeitarbeitslose!"

Liebe Leserinnen und Leser,

Ende 2006 hatten Bremerhavener Frauenbeauftragte vor dem Verwaltungsgericht geklagt, weil der Magistrat ihnen die Mitwirkung bei Stellenbesetzungen verweigert hatte. Die Klage scheiterte, weil das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) eine entsprechende Klagebefugnis nicht vorsah. Nun wird das LGG endlich entsprechend geändert.

Dass ein Ausbildungsplatz Arbeitslosigkeit vorbeugt, ist keine neue Erkenntnis. Doch müssen noch große Anstrengungen erfolgen, damit möglichst alle Jugendlichen von der positiven Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt profitieren können. Dazu liegt nun ein Positionspapier von Silvia Schön vor.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

Gesetzesänderung stärkt Frauenbeauftragte in Bremerhaven

Auch den Frauenbeauftragten in Bremerhaven steht künftig der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten offen, wenn ihre Mitwirkungsrechte verletzt werden. Das Klagerecht wird jetzt im Landesgleichstellungsgesetz verankert. Die Änderung hat der Senat beschlossen und damit eine langjährige Forderung der Grünen umgesetzt. Das kommentiert Doris Hoch, frauenpolitische Sprecherin der Grünen: „Aus

zahnlosen Tigerinnen werden Tigerinnen mit Biss. Die Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes stärkt insbesondere die Position der Frauenbeauftragten in Bremerhaven. Sie können jetzt endlich dagegen klagen, falls der Magistrat ihnen weiterhin die Mitwirkung in der Kommission zur Stellenbewertung verweigert. Dass Frauen so wenig verdienen, liegt doch gerade an den Bewertungen der Kommission. Aus unserer Sicht dürfen Frauenbeauftragte auch bei Bewerbungsgesprächen mit rein männlichen Kandidaten nicht länger vor die Tür gesetzt werden. Es ist an der Zeit, diese alten Zöpfe abzuschneiden.“

Bekanntlich hatte sich der Magistrat mit den Frauenbeauftragten überworfen, weil er ihnen u.a. die Mitarbeit in der Kommission zur Stellenbewertung für BeamtInnen und Angestellte verweigerte. Die Kommission bewertet auch die Entlohnung. Eine Ende 2006 erhobene Klage vor dem Verwaltungsgericht scheiterte daran, dass im Landesgleichstellungsgesetz bislang keine Klagebefugnis vorgesehen war. Die dafür nötige gesetzliche Regelung hat der Senat jetzt geschaffen. Mit der Gesetzesänderung befasst sich noch die Bürgerschaft.

Ausbildung ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit

Knapp 400 Jugendliche befinden sich im Ausbildungsjahr 2009/10 in Maßnahmen der Einstiegsqualifikation und gut 1.920 Jugendliche in Berufsvorbereitenden Maßnahmen. Diese münden allerdings zu selten in Ausbildung (siehe dazu unsere [Kleine Anfrage](#) an den Senat und dessen Antwort). Was muss getan werden, damit alle Jugendlichen, die wollen, eine gute Ausbildung bekommen? Ein Positionspapier dazu findet sich hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/arbeit/dokbin/361/361692.allen_jugendlichen_einen_ausbildungsplat.pdf

Fachgespräch zum Thema "Ein Pakt für Langzeitarbeitslose!"

Aufgrund der aktuellen Kürzungen im Bereich der Arbeitsförderung seitens der Bundesregierung laden wir am 3.12. von 10-13 Uhr in die Bremische Bürgerschaft (Raum 301 b und c, Eingang Börsenhof) zu einem Fach-Beratungsgespräch ein. Mit Vertreterinnen und Vertretern des Arbeitsmarkt-Sektors (u.a. Bundesagentur für Arbeit, BagIS, Bremer Arbeit GmbH, Verband arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen, Behörde) möchten wir die folgenden Fragen diskutieren:

Was können wir vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels tun, um die Chancen von Langzeitarbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern?

Welchen Beitrag können Akteurinnen und Akteure des Arbeitsmarktes dazu leisten?

Wie können sich kommunale Unternehmen daran beteiligen?

Wir freuen uns auf eine lebhafte Diskussion mit Akteurinnen und Akteuren des Arbeitsmarktes.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, wirtschaftspolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa
christine.moeglin@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.